Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

112 (23.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XXXVIII.)
als Fortsetzung der
Landtags-Zeitung.

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 112.] Karlsruhe 1846. [23. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Gegen eine andere Wahl hatten mehrere Wahlmänner in einem Schreiben an einen Deputirten erinnert, der Beamte des Wahlorts, welcher selbst Wahlmann gewesen, habe die Wahl von einem Candidaten dadurch abzulenken gesucht, daß er erklärt: er habe einen Brief in Händen, nach welchem der Vorgeschlagene keine Wahl mehr annehmen würde, was nicht richtig gewesen. Die Opposition hielt diesen Umstand für geeignet, die auf einen andern Kandidaten gefallene Wahl zu vernichten, wenn sich die Wahrheit des Vorgetragenen bestätigen sollte und verlangte deßhalb eine Untersuchung. Die Majorität ging jedoch auf diesen Antrag nicht ein. Hinsichtlich einer dritten Wahl waren Nachrichten eingegangen, der Beamte, welcher nicht Wahlmann gewesen, habe bei dem Wahlkollegium, das zum größten Theil aus Bürgermeistern bestanden, nicht nur in eigener Person für einen Vetter und gegen ein Mitglied der Opposition geworben, sondern auch durch die Gendarmerie werben lassen. Die Opposition sprach sich gegen solches Benehmen, welches von der andern Seite als unerheblich dargestellt wurde, mißbilligend aus, ohne jedoch einen besondern Antrag zu stellen.

Ein Gleiches erfolgte deßhalb, weil zwei Beamte den Wahlbezirk bereist hatten, um zu Gunsten eines ihnen angenehmen und gegen einen Oppositionsmann zu wirken, und weil der eine jener Beamten sich von den Wahlmännern sogar die Hand hatte darauf geben lassen, nach seinem Wunsch zu wählen.

Bei einer weitern Wahl hatte ein Wahlmann mitgewirkt, der an die Stelle eines nicht gesetzlich ausgeschiedenen Wahlmannes getreten war. Die Wahl wurde durch Stimmenmehrheit vernichtet, obgleich der Zahl nach die Stimme des unbefugten Wahlmanns nicht von Bedeutung gewesen sein konnte, weil die Majorität von der Ansicht ausging, daß von dem moralischen Einfluß auch nur einer Stimme oft das Resultat der ganzen Wahl abhängen könne.

Man hat die Opposition oft getadelt, daß sie hauptsächlich vom Jahre 1839 an sich zu viel mit den Wahlprüfungen beschäftigt, jeder Stimme von außen, welche aus Unzufriedenheit mit dem Ergebnisse einer Wahl, die Lokalbeamten verdächtigt, Gehör geschenkt; daß sie mit solchen unerheblichen Dingen die kostbare Zeit verdorben, daß sie beabsichtigt habe, die staatsbürgerlichen Rechte der Staatsdiener zu beeinträchtigen und das Vertrauen der Bürger zu denselben zu untergraben. Dieser Vorwurf war aber zu jeder Zeit ungegründet. Die gesetzliche Theilnahme der großen Massen des Volkes an unseren Staatsangelegenheiten besteht in ihrer Theilnahme an Ur- und Deputirtenwahlen. Das Volk ist darin unbeschränkt, denn es genießt nach der Verfassung der vollkommensten Wahlfreiheit. Was ist aber Wahlfreiheit, wie weit erstreckt sie sich und was kann als ein Eingriff in dieselbe betrachtet werden? Dieß sind Fragen, über deren Beantwortung öfters die Gelehrten bei uns nicht einig sind; man darf also auch nicht annehmen, daß sich das Volk darüber früher besonders klar war. Belehrung des Volks war daher das dringendste Bedürfniß und eine heilige Pflicht seiner Vertreter, wenn nicht das Fundament unseres constitutionellen Lebens, die Wahlen, aus Unkenntniß der Wählenden, eine verkehrte Richtung bekommen sollten. Nun ist es aber eine ausgemachte Sache, daß das Volk nicht aus Büchern, überhaupt nicht auf die Weise lernen kann, wie die Gelehrten; es gibt vielmehr nächst der Aufklärung im allgemeinen nur eine politische Schule für das Volk, nämlich die Erfahrung. Diese kann aber hinsichtlich der Wahlen nicht besser vervielfältigt werden, als wenn jeder Bezirk nicht nur davon Kenntniß erhält, was in seinem, sondern auch was in andern Bezirken Erlaubtes und Un-

erlaubtes geschehen, durch welche Mittel da und dort die Wahlfreiheit beschränkt worden u dgl. Mit andern Worten: durch wiederholte strenge Wahlprüfungen erst lernt das Volk seine Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Wahlen genau kennen; erst nachdem es diese Schule durchgemacht, erhält es die Kenntniß von jenen Rechten und Verbindlichkeiten, welche zur Selbstständigkeit eben so unentbehrlich ist, als sein kräftiger Wille. (Fortsetzung folgt.)

Rundschau.

Vom 20. März.

Wie Jemand des Censoramtes enthoben werden, dessen ungeachtet aber noch fortcensiren und täglich ganze Spalten aus den Zeitungen herausstreichen kann, wie das, wenn auch nicht möglich, aber doch wirklich ist, darüber wird die Karlsruher Zeitung um gefällige Auskunft gebeten. Ihre Nachricht, Hr. v. Uria sei nicht mehr Censor in Mannheim, wird nämlich von zwei Mannheimer Blättern mit der Anzeige beantwortet, daß Hr. v. Uria noch immer censire. Die Abendzeitung scheint zu glauben, Hr. v. Uria wolle nicht abgeben; Andere meinen, es wolle Niemand das Amt übernehmen.

— In einem Artikel des Mannheimer Journals lesen wir folgende Stelle:

„Mit Stolz blickt der Deutsche auch von den fernen Gestaden der Nordsee und der Ostsee, von den Ufern der Elbe und der Oder auf die Männer Badens, welche in der schlimmsten Zeit die verglimmende Flamme der Freiheit noch lebend erhielten, welche den Faden nicht ganz abschneiden ließen, der unsere Geschichte mit einer schönen Zukunft verbinden wird. Mehr als jemals ist aber die Stellung, welche Baden jetzt einnehmen wird, bedeutungsvoll für das engere und das gesammte deutsche Vaterland. Tritt eine tüchtige Ständeversammlung in Karlsruhe zusammen, weiß sie ihre Aufgabe zu lösen, erringt sie den Sieg über die Männer, welche die deutsche Bundesacte und die badische Verfassungsurkunde stillschweigend beseitigen möchten, so wird dieser Sieg seine Rückwirkung ausüben auf das ganze deutsche Vaterland.

Wem daher die Ehre und die Pflicht geworden ist, die Männer zu bezeichnen, welche das badische Land vertreten sollen, der bedenke wohl: es gilt den Sieg des landständischen oder des absolutistischen Princips, der Preßfreiheit oder der Censur, des Rechtsstaats oder des Polizeistaats, der Glaubensfreiheit oder des Glaubenszwanges. Ein solcher Sieg wird nicht errungen durch halbe, durch schwankende, sondern nur durch unbeugsame, durch unerschütterlich feste Charactere, durch Männer, welche ihr Vaterland, die Sache des Rechts und der Freiheit lieben. Darum ihr badischen Wahlmänner, bedenket wohl, in euern Händen ruht viel. Groß ist die Verantwortlichkeit, welche auf euch lastet. Wie die Hoffnung des Sieges, so ist auch die Besorgniß einer Niederlage folgenreich nicht nur für Baden, sondern auch für ganz Deutschland."

— Das Mannheimer Journal fordert die Karlsruher Zeitung auf, aus ihren Allgemeinheiten von „gemäßigtem Fortschritt", „Sittengesetz", gegen „Eitelkeit" und „Ruhmsucht" herauszutreten und sich bestimmt über die Hauptfragen unseres öffentlichen Lebens auszudrücken.

— In Kurhessen verlangt die Regierung eine Erhöhung des Salzpreises um einen Heller das Pfund, was mit dem hohen Aufwande für das Militär zusammenzuhängen scheint. In Nassau ist eine Ermäßigung der direkten Steuern angekündigt. Ein Mitglied der kurhessischen Ständeversammlung wird einen Antrag auf öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren stellen und man zweifelt nicht an einer entschiedenen Mehrheit für den Antrag, da unsere deutschen Brüder in Kurhessen die Wohlthat jenes Verfahrens noch aus den Zeiten her kennen, wo sie — französisch waren. Unter den 32 Mitgliedern der kurhessischen Ständeversammlung, welche von den Städten und Landbezirken gewählt werden, sind nur 3 Staatsdiener, aber 4 Advokaten; sodann 2 Postbeamte, 13 Gemeindebeamte, 4 Kaufleute und 6 Landwirthe.

— Der Geheimerath v. Duesberg, welchen die preussische Regierung nach Münster gesendet hatte, um mit dem Bischof wegen des Schullehrerstreits zu verhandeln, hat nichts ausgerichtet und ist durch Estaffette nach Berlin zurückberufen worden. Nach der Weserzeitung wollte der Bischof von keinem Friedensvorschlage hören und der Regierungscommissär überzeugte sich, daß Rom, was Andere schon vorher wußten, nach Herrschaft strebt und nichts weniger als geneigt ist, mit dem weltlichen Staate Frieden zu machen.

— Das bestregierte Land in Italien ist das Großherzogthum Toscana. Es hatte früher seinen Wessenberg in dem Erzbischof Scipio Ricci, der für Synoden kämpfte,

aber gegen Rom unterlag. Auch in der Regierung waltet seit Leopold ein milder Geist. Bisher hatte sich Toskana von den Jesuiten frei gehalten, und welchen Eindruck ihr Versuch, sich einzunisten, hervorbringt, geht aus nachstehendem Schreiben aus Livorno vom 9. März hervor:

„In Toscana, namentlich in Pisa, erregt die beabsichtigte Einführung der Jesuiten großen Unwillen, der zunächst gegen den erzbischöflichen Vicar gerichtet ist, welcher den Pallast Sillupis für 300,000 Lire gekauft hat, um ihn zu einem Jesuitencollegium einzurichten. Eine Eingabe von 130 Notabeln, darunter mehrere Professoren der Universität, ist dem Stadtgouverneur, Grafen Seristori überreicht worden. Die Bitte geht insbesondere auch dahin, die barmherzigen Schwestern in Toskana nicht zuzulassen. Sie sagt unter Anderem: „Dieses Haus (Sillupis) ist offenbar dazu bestimmt, den Mittelpunkt für die Ausbreitung des Jesuitenordens in Toskana zu bilden."

Die barmherzigen Schwestern stehen unter der unmittelbaren Leitung der Gesellschaft Jesu, und werden daher — welches auch die Bedingungen ihres Einzugs in Toskana sein mögen — von jesuitischem Geiste beseelt sein und denselben ihren Familien und durch die Familien der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt mittheilen. Ein Mittelpunkt des Jesuitismus aber kann in Toskana nicht ohne einen offenen oder geheimen Krieg gegen unsere wichtigsten Staatseinrichtungen bestehen.

— Die Oberrheinische Z. schreibt aus Offenburg, 16. März:

Seit gestern ist zufolge Erlasses der erzbischöflichen Curie Stadtprediger und Professor Kuhn dahier von der Verwaltung des kirchlichen Lehr- und Predigtamtes auf so lange suspendirt, bis eine gegen ihn eingeleitete Untersuchung „wegen kirchlicher Agitation" geschlossen und zu seinen Gunsten ausgefallen sein wird. Hr. Prediger Kuhn ist wegen seiner lichtvollen, vom Geiste christlicher Liebe durchdrungenen und erwärmten Kanzelvorträge hier sehr beliebt, und erfreut sich überhaupt wegen seines humanen Characters des allgemeinen Vertrauens und unbestrittener Achtung; es macht daher das von der Curie eingeschlagene Verfahren, welches sich nach den Worten des Erlasses auf beinahe täglich (von hier) einlaufende Anzeigen und Klagen gründet, nicht nur großes Aufsehen, sondern hat auch auf alle Klassen der hiesigen Bürger- und Einwohnerschaft den unangenehmsten Eindruck gemacht. Von Seiten einer ansehnlichen Anzahl der hiesigen Bürger sind daher bereits gestern schon Schritte eingeleitet worden, nicht nur um Hrn. Prediger Kuhn von der günstigen Stimmung der Bürgerschaft thatsächliche Kunde zu geben, sondern auch um mit allen gesetzlichen Mitteln vorzusorgen, daß demselben gegenüber den betreffenden Behörden die glänzendste Rechtfertigung werde. Dadurch will die Bürgerschaft nicht nur im Interesse eines um die religiöse und sittliche Bildung in unserer Gemeinde verdienten Mannes, sondern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse handeln, indem es ihr hauptsächlich zur Sorge gereicht, ob von unseren Kanzeln und Lehrstühlen Aufklärung und Liebe oder Reaction und Verdammungssucht gepredigt wird.

— Aus Bruchsal meldet die Oberrheinische Z., daß die Mehrheit der Wahlmänner nur unter der Voraussetzung gewählt worden, daß sie dem wackeren Bürgermeister und früheren Abgeordneten Schmidt ihre Stimmen geben werden und es sei zu hoffen, daß sie ihrem Mannesworte treu bleiben werden. Die Partei, welche einen Mann wie Schmidt zu verdrängen sucht, kann es unmöglich gut mit den Bürgern meinen.

— Dem fröhlichen Singen scheint die Freiburger Luft nicht günstig zu sein. Wenigstens erklärt der Direktor der Freiburger Liedertafel, J. Heim in der Oberrheinischen Z., daß er an den Arbeiten des Comite für das dritte badische Sängerfest keinen Antheil genommen habe und nehmen werde. Man spricht davon, das Fest nach Offenburg zu verlegen.

— Die Freiburger Z. machen wir darauf aufmerksam, daß die heutige Nummer des Rheinischen Beobachters (78) einen zweiten Artikel über Censur und Preßfreiheit enthält, daß noch mehrere nachfolgen werden, also reichliche Nahrung für sie auf dieser Weide zu finden ist. Der heutige Artikel ist ächtes Berliner Blau, wonach Jeder verlangen wird, der nur folgende kleine Probe zu schätzen weiß:

„Preußische Preßfreiheit! ein lächerlicher Gedanke, dessen Einfalt nur durch seine Jugend entschuldigt werden kann! Was ist in Preußen frei als Luft und Sonnenlicht und höchstens noch in Bielefeld ein hübsches Weibsgesicht?"—

„Preußen hatte schon seinen Friedrich II., als in Frankreich noch die Pompadour regierte und baute ruhig fort an seiner Größe, als man in England mit Entsetzen die berüchtigten Juniusbriefe las."

„Darum, heraus mit euerer Theorie (von Preßfreiheit), Alle, die ihr es wirklich wohl meinet, heraus und beweiset, daß auch in Preußen die Materialien und Vordersätze sind, die einen solchen Bau (die Preßfreiheit) zu tragen vermögen."

„Dabei wollen wir jedoch nicht verhehlen, daß wir ein zu guter Preuße sind, als daß wir nicht dem Preußenvolke alles Gute nachsagen sollten!"

„Des Iristes Flügel sind nicht von Jänsefedern!"

„Darum, ob jepfiffen oder jeweint, ob auf oder neben dem Esel, denen, die am lautesten schreien wird man es niemals recht machen."

„Der Stamm der Hohenzollern hat immer auf einem hohen Berje jewohnt."

„Eben so hat das deutsche Volk sich vordem von der italienischen Krankheit erholt und wird auch jetzt nicht an der französischen oder englischen sterben."

Der Rheinische Beobachter läuft Gefahr an diesen Berliner Artikeln zu verbluten, welche mit Recht die Preßfreiheit für eine Krankheit halten, die ihnen eben so tödtlich wäre, wie gewissen Thieren der Pfeffer. Der Freiburger Z. aber werden diese kostbaren Artikel nicht schaden, — sie hat deren schon einige genossen.

— Wir haben früher einmal bemerkt, daß die Karlsruher Z. die hochwichtige Frage über die Verbindung der Landesbahn mit dem Bodensee nur gegen Konstanz benutze. Diese Bemerkung gilt jetzt nicht mehr, da in Nr. 76 der Karlsruher Z. in einem gediegenen Aufsatze die Nothwendigkeit der Ausmündung der oberrheinischen und mit ihr von Singen her der Kinzigthalbahn in Konstanz gründlich nachgewiesen wird.

— In Nr. 77 nimmt die Karlsruher Z. wieder einen Anlauf, um zu beweisen, daß der falsche Liberalismus und der Jesuitismus Hand in Hand gehen. Das bestreiten wir nicht, denn wir verstehen unter dem falschen Liberalismus diejenige Richtung, welche liberal spricht und servil handelt, welche die Worte Verfassung und Gesetzlichkeit im Munde führt und jede Verletzung derselben vertheidigt und rechtfertigt, welche den „vernünftigen Fortschritt" predigt und verfolgt.

— Die Süddeutsche bespricht in Nr. 51 den „polnischen Aufstand" und berührt auch die kirchliche Seite, „die von katholischer Seite gegen das griechische Rußland und das protestantische Preußen, keineswegs aber gegen Oesterreich geht." Sehr belehrend. Es kömmt aber noch deutlicher: „Will man diese verschiedenen Richtungen sondern, so zeigt sich gegen Rußland und gegen Preußen die katholische und liberale polnische, gegen Oesterreich die liberale. Es tritt dann noch eine kommunistische Färbung hinzu, die von Frankreich vielleicht auch aus Preußen her genährt wurde." Oesterreich wird als Muster hingestellt und die Süddeutsche findet die Vorgänge in Gallizien sehr tröstlich. Bekanntlich hat die Süddeutsche in ihren Artikeln und Flugschriften auch eine starke kommunistische Färbung gehabt und an „katholischen" Bemühungen hat sie es auch nicht fehlen lassen; aber für den geringen Erfolg in Baden muß sie Trost in Gallizien suchen. Nur wußten die Bauern dort nicht recht zu unterscheiden, denn die Süddeutsche berichtet, daß dort „Angriffe gegen die Jesuiten vorgekommen sind, vielleicht von der dortigen griechischen Geistlichkeit erregt, wenn nicht von dem der Kirche stets feindlichen Liberalismus des dortigen niedern Adels." Dieser Liberalismus ist in Gallizien von den Bauern todtgeschlagen worden; in Baden ist — wie die Süddeutsche weiß — Alles liberal, ganz oder halb radikal; aber der Trost ist ausgeblieben, weil das badische Volk, nach der Süddeutschen, zu duldsam ist.

Die Allgemeine Zeitung brachte neulich einen Artikel aus Würtemberg über badische Verhältnisse, worin neben den Ausfällen gegen die Liberalen, ohne welche Zuthat kein Artikel in die Allgemeine Zeitung dringen kann, nach würtembergischen Erfahrungen vor den herrschsüchtigen Planen der ultramontanen Partei gewarnt wird. Nun sollten die Leser einmal sehen, wie bitter diese Pille nach dem süßen gallizischen Troste der Süddeutschen schmeckt! Sie wittert in dem Verfasser keinen Würtemberger, sondern einen halbradikalen liberal ministeriellen badischen Ministerialrath und nennt ihn „Spiegelschwab" und „pfiffiger Schwab." Nebenbei bekömmt der „katholische Musterstaat" Würtemberg, der bei der Süddeutschen schon lange in Ungnade ist, seinen gemessenen Theil und nebenbei wird der Mannheimer Censur das Zeugniß ausgestellt, daß sie ihre Pflicht gegen die Regierung und die Kirche gethan habe. Auf dieses Zeugniß hin mag sie nach Rom reisen. Dort wird es ihr gute Dienste leisten.

— Etwas gallizischen Trost findet die Süddeutsche in der Mißhandlung des H. Dänzer von Odenheim, der von süddeutschen Bauern „dermaßen Schläge bekam, daß er jetzt noch, nach Verlauf von 10 Tagen, zwischen Leben und Tod schwebt". Aber der Trost ist nur halbgallizisch, da sich H. Dänzer, nach neueren Nachrichten, auf dem Wege der Besserung befindet. Ferner labt sich die Süddeutsche noch einmal an den falschen Berichten des Dossenheimer und Nußlocher „Schlagt sie todt". Von Freiburg verlangt sie, daß es „ausnahmsweise" einen Geistlichen, und zwar einen Professor der Theologie wählen soll. Wohl bekomm's. —

Berichtigung.

In Nr. 110 u. 111, S. 434, Sp. 2, Z. 27 v. oben lies Berechtigung statt Beruhigung.